

Satzung über die 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 17 der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen "Dorf Tarnewitz" im vereinfachten nach § 13 BauGB					
Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 Abs. 2 Nr. und § 4 Abs. 2 BauGB					
ENTWURF					
Lfd.-Nr.	Träger öffentlicher Belange	Aufforderung	Posteingang	Schreiben	Abwägung
I.	Planungsanzeige				
II.	Träger öffentlicher Belange				1 2 3
II.1	Landkreis NWM	03.12.2019	16.01.2020	16.01.2020	X
II.2	StALU	03.12.2019	17.01.2020	14.01.2020	X
II.2a	StALU	03.12.2019	10.02.2020	06.02.2020	X
II.3	Amt für Raumordnung				
II.4	Bergamt Stralsund				
II.5	LA für Umwelt, Naturschutz und Geologie				
II.6	Straßenbauamt Schwerin				
II.7	Industrie- und Handelskammer				
II.8	Handwerkskammer Schwerin				
II.9	Deutsche Bahn AG				
II.10	Katholische Kirche				
II.11	Evangel.-luth. Landeskirche				
II.12	Deutsche Telekom AG	03.12.2019	20.12.2019	03.12.2019	X
II.13	Zweckverband für Wasserversorgung	03.12.2019	20.12.2019	18.12.2019	X
II.14	Grevesmühlener Busbetriebe GmbH				
II.15	E.DIS AG	03.12.2019	16.12.2019	11.12.2019	X
II.16	Hanse Gas GmbH	03.12.2019	10.12.2019	10.12.2019	X
II.17	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben				
II.18	LA für Kultur und Denkmalpflege	03.12.2019			
II.19	Naturschutzbund Deutschland e.V.				
II.20	BUND für Umwelt und Naturschutz				
II.21	LA für Brand- u. Katastrophenschutz				
II.22	50 Hertz Transmission GmbH	03.12.2019	12.12.2019	12.12.2019	X
II.23	Betrieb für Bau und Liegenschaften				
II.24	Bundeswehr				
II.25	Deutscher Wetterdienst				
II.26	Hauptzollamt Stralsund				
II.27	LA für innere Verwaltung				
II.28	Forstamt Grevesmühlen				
II.29	GDMcom	03.12.2019	16.12.2019	16.12.2019	X
II.29a	BIL-Leitungsauskunft	03.12.2019	17.01.2020	17.01.2020	X
II.30	Polizeiinspektion Wismar				
II.31	Landgesellschaft mbH M-V				
II.32	Wasser- und Bodenverband	03.12.2019			
II.33	Freiwillige Feuerwehr	03.12.2019	04.02.2020	24.01.2020	X
II.34	Landesanglerverband				
II.35	Landesjagdverband				
II.36	Schutzgemeinschaft Deutscher Wald				

III.	Nachbargemeinden					
	-					
	-					
IV.	Öffentlichkeit					
	-					
	-					
1	Abwägungsrelevanz					
2	Hinweise					
3	ohne Anregungen					

Ifd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss								
	 Landkreis Nordwestmecklenburg Die Landrätin Stabsstelle für Wirtschaftsförderung, Regionalentwicklung und Planen Landkreis Nordwestmecklenburg · Postfach 1565 · 23958 Wismar Amt Klützer Winkel Für die Gemeinde Ostseebad Boltenhagen Schloßstraße 1 23948 Klütz  Auskunft erteilt Ihnen Aline Dittmer Zimmer 2.218 · Börzower Weg 3 · 23936 Grevesmühlen Telefon 03841 3040 6311 Fax 03841 3040 86311 E-Mail a.dittmer@nordwestmecklenburg.de Unsere Sprechzeiten Di 09:00 - 12:00 Uhr · 13:00 - 16:00 Uhr Do 09:00 - 12:00 Uhr · 13:00 - 18:00 Uhr Unser Zeichen Grevesmühlen, 16.01.2020 6. Änderung des Bebauungsplans Nr. 17 der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen „Dorf Tarnewitz“ hier: Stellungnahme der betroffenen Behörden des LK NWM auf Grund des Anschreibens vom 03.12.2019, hier eingegangen am 09.12.2019 Sehr geehrte Frau Schultz, Grundlage der Stellungnahme bilden die Entwurfsunterlagen zur 6. Änderung des Bebauungsplan Nr.17 der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen „Dorf Tarnewitz“ mit Planzeichnung im Maßstab 1:500, Planungsstand 24. Oktober 2019 und die dazugehörige Begründung mit gleichem Bearbeitungsstand. Die Beteiligung gem. § 13 Abs. 2 Nr. 3 und § 4 Abs. 2 BauGB erfolgte in den nachfolgenden Fachdiensten und im Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises NWM: <table><tr><th colspan="2">Stabsstelle Wirtschaftsförderung, Regionalentwicklung und Planen</th></tr><tr><td>FD Bauordnung und Umwelt · SG Untere Naturschutzbehörde · SG Untere Wasserbehörde · SG Untere Abfall- und Immissionsschutzbehörde · SG Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde</td><td>FD Bau und Gebäudemanagement · Straßenbaulasträger · Straßenaufsichtsbehörde</td></tr><tr><td>FD Öffentlicher Gesundheitsdienst</td><td>FD Ordnung/Sicherheit und Straßenverkehr · Untere Straßenverkehrsbehörde</td></tr><tr><td>FD Kataster und Vermessung</td><td>Kommunalaufsicht</td></tr></table>	Stabsstelle Wirtschaftsförderung, Regionalentwicklung und Planen		FD Bauordnung und Umwelt · SG Untere Naturschutzbehörde · SG Untere Wasserbehörde · SG Untere Abfall- und Immissionsschutzbehörde · SG Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde	FD Bau und Gebäudemanagement · Straßenbaulasträger · Straßenaufsichtsbehörde	FD Öffentlicher Gesundheitsdienst	FD Ordnung/Sicherheit und Straßenverkehr · Untere Straßenverkehrsbehörde	FD Kataster und Vermessung	Kommunalaufsicht	zu 1. Die Gemeinde Ostseebad Boltenhagen nimmt die Auflistung der zur Stellungnahme vorgelegten Unterlagen zur Kenntnis. zu 2. Die Gemeinde Ostseebad Boltenhagen nimmt die Beteiligung der Fachdienste und des Abfallwirtschaftsbetriebes innerhalb des Landkreises Nordwestmecklenburg zur Kenntnis.	- Zur Kenntnis zu nehmen.
Stabsstelle Wirtschaftsförderung, Regionalentwicklung und Planen											
FD Bauordnung und Umwelt · SG Untere Naturschutzbehörde · SG Untere Wasserbehörde · SG Untere Abfall- und Immissionsschutzbehörde · SG Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde	FD Bau und Gebäudemanagement · Straßenbaulasträger · Straßenaufsichtsbehörde										
FD Öffentlicher Gesundheitsdienst	FD Ordnung/Sicherheit und Straßenverkehr · Untere Straßenverkehrsbehörde										
FD Kataster und Vermessung	Kommunalaufsicht										

Seite 1/7

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Die eingegangenen Stellungnahmen sind diesem Schreiben als Anlage beigelegt. Daraus ergeben sich Hinweise und Ergänzungen, die in der weiteren Bearbeitung zu beachten sind. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag Alina Dittmer SB Bauleitplanung Seite 2/7	zu 3. Die Gemeinde Ostseebad Boltenhagen behandelt nachfolgend die eingegangenen Stellungnahmen und die sich aus der Behandlung der Stellungnahmen ergebenden Hinweise und Ergänzungen werden beachtet.	Teilweise zu berücksichtigen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Anlage Stabsstelle Wirtschaftsförderung, Regionalentwicklung und Planen Bauleitplanung Nach Prüfung der vorliegenden Entwurfsunterlagen werden gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 3 und § 4 Abs. 2 BauGB nachfolgende bauplanungsrechtliche Hinweise gegeben. <u>I. Allgemeines (Entwicklung aus dem F-Plan usw...)</u> Mit der 6. Änderung des Bebauungsplanes soll eine überbaubare Grundstücksfläche innerhalb eines bereits festgesetzten Allgemeinen Wohngebiets zulässig werden. Da durch die Änderung des Bauleitplans Grundzüge der Planung nicht berührt werden, ist das vereinfachte Verfahren nach § 13 BauGB das richtige Planungsinstrument. <u>II. Verfahrensvermerke, Rechtsgrundlagen, Präambel</u> - <u>III. Planerische Festsetzungen</u> Planzeichenerklärung: Die Nutzungsschablone weist I Vollgeschoss aus. In der Planzeichenerklärung sind hier II Vollgeschosse zu finden. Nutzungsschablone und Planzeichenerklärung sind in Übereinstimmung zu bringen. Text - Teil B: Zu II Bauordnungsrechtliche Festsetzungen Zu 1.1 Es ist zu empfehlen, die Dachformen in die Nutzungsschablone und die zugehörige Planzeichenerklärung aufzunehmen und somit den Punkt der Dachneigung sinnvoll zu ergänzen. Zu 1.5 Der Abstand der Fußvorlage soll mindestens drei Pfannenreihen betragen. Dieser Ausdruck ist nicht eindeutig und somit zu konkretisieren. Hier bietet sich eine Skizze an. <u>IV. Begründung</u> In der Begründung sind die gegebenen Hinweise und Ergänzungen einzustellen. In Anbetracht sämtlicher Abweichungen vom wirksamen Bebauungsplan (S. 8 - nicht eingehaltene GRZ, Abweichungen von Höhenfestsetzungen, nicht einhalten festgesetzter Mindestgrundstücksgrößen) wäre es sinnvoll einmal den gesamten Bebauungsplan Nr. 17 in die Hand zu nehmen und zu überarbeiten bzw. an aktuelle Gegebenheiten anzupassen. Es ist als problematisch zu betrachten, dass die privaten Absichten eines einzelnen zu Änderungen eines gesamten Bauleitplanes führen. Kritisch betrachtet sind hier weitere Anträge auf Änderungen zu erwarten.	A zu 1. Die Behandlung erfolgt nachfolgend. Siehe nachfolgende Behandlung. zu 2. Die Bestätigung zur Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB wird zur Kenntnis genommen. zu 3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass hinsichtlich Verfahrensvermerke, Rechtsgrundlagen und Präambel keine Ausführungen getroffen werden. zu 4. Die Anpassung der Zahl der Vollgeschosse in der Planzeichnung und in der Zeichenerklärung erfolgt. zu 5. Die Gemeinde Ostseebad Boltenhagen hat sich an den bisherigen Bauleitplänen orientiert. In den textlichen Festsetzungen finden sich die entsprechenden Vorgaben. Zusätzlich werden in der Nutzungsschablone die Dachneigung und die Dachform ergänzt. zu 6. Hierzu wird gewählt, dass der Abstand 3 Dachpfannenreihen durch eine Maßangabe ersetzt wird oder ergänzt wird. zu 7. Die Gemeinde Ostseebad Boltenhagen überarbeitet die Begründung entsprechend der obigen Behandlung. zu 8. Die Gemeinde wird sich zur Vorgehensweise der planungsrechtlichen Bearbeitung des Bebauungsplanes Nr. 17 unabhängig vom Änderungsverfahren der Aufstellung der 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 17 eine entsprechende Vorgehensweise erarbeiten.	- Zur Kenntnis zu nehmen. - Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen. Teilweise zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen.

Ifd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss												
	Zudem weisen wir vorsorglich darauf hin, dass es sich bei zugelassenen Handwerksbetrieben um solche handeln sollte, die der Versorgung des Gebiets dienen. Inwieweit ein Dachdecker Betrieb diese Anforderungen erfüllt ist fraglich. FD Bauordnung und Umwelt Untere Naturschutzbehörde <table><tr><td colspan="2">Untere Naturschutzbehörde: Frau Hamann</td></tr><tr><td>Die Stellungnahme weist auf erhebliche entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung kaum überwindbar sind.</td><td></td></tr><tr><td>Die Stellungnahme weist auf entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung berücksichtigt werden müssen.</td><td></td></tr><tr><td>Die Stellungnahme weist auf keine entgegenstehenden Belange hin.</td><td>X</td></tr></table> Aus Sicht der Belange von Naturschutz und Landschaftspflege bestehen zur 6. Änderung des B-Planes Nr. 17 der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen keine Anregungen und Hinweise. Untere Wasserbehörde <table><tr><td colspan="2">Untere Wasserbehörde: Herr Schawe</td></tr><tr><td>Die Stellungnahme weist auf keine entgegenstehenden Belange hin.</td><td>X</td></tr></table> Es ergeben sich mit den vorgelegten Unterlagen zur Entwurfsplanung der 6. Änderung des B-Plan Nr. 17 der Gemeinde Boltenhagen keine zusätzlichen wasserrechtlichen Anforderungen. Die Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde (Gesamtstellungnahme vom 30.08.2012) bleibt, ergänzt um folgende Hinweise, bestehen.	Untere Naturschutzbehörde: Frau Hamann		Die Stellungnahme weist auf erhebliche entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung kaum überwindbar sind.		Die Stellungnahme weist auf entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung berücksichtigt werden müssen.		Die Stellungnahme weist auf keine entgegenstehenden Belange hin.	X	Untere Wasserbehörde: Herr Schawe		Die Stellungnahme weist auf keine entgegenstehenden Belange hin.	X	9 1 B 1 2 1 C 1 2 3 zu 9. Unter Berücksichtigung des Hinweises wird empfohlen, für dieses Grundstück einen nicht störenden Gewerbebetrieb nach § 4 Abs 3 Nr. 2 ausnahmsweise zuzulassen. Zusätzlich wird im Vertrag eine gegebenenfalls befristete Nutzungszeit geregelt. Dies ist die Auffassung, die im Bauausschuss und in der Gemeindevertretung der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen bei der Entscheidung über den Entwurf des Bebauungsplanes herausgearbeitet worden ist. Zusätzlich zu den bisher zulässigen Nutzungen werden diejenigen nach § 4 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO für den sonstigen nicht störenden Gewerbebetrieb zugelassen. Es handelt sich in diesem konkreten Fall um einen Handwerksbetrieb. Da der Handwerksbetrieb seine Einnahme nicht nur innerhalb des Gebietes in Tarnewitz findet, sondern darüber hinaus, ist er einem sonstigen nicht störenden Gewerbebetrieb gleichzusetzen. Der Unterschied ergibt sich lediglich dadurch, dass die Erwerbsquelle außerhalb des Gebietes zu finden ist. B zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Stellungnahme auf keine entgegenstehenden Belange hinweist. zu 2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass aus Sicht der Belange von Naturschutz und Landschaftspflege keine Anregungen und Hinweise bestehen. C zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Stellungnahme auf keine entgegenstehenden Belange hinweist. zu 2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich aus den vorgelegten Entwurfsunterlagen keine zusätzlichen wasserrechtlichen Anforderungen ergeben. zu 3. Diese Ausführung wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme zum Bebauungsplan der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen vom 30.08.2012 wurde abschließend behandelt und wird in dieses Planvorhaben nicht weiter einbezogen. Im Rahmen dieses Planaufstellungsverfahrens werden diejenigen Belange berücksichtigt, die konkret vorgetragen wurden.	Zu berücksichtigen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Nicht zu berücksichtigen.
Untere Naturschutzbehörde: Frau Hamann															
Die Stellungnahme weist auf erhebliche entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung kaum überwindbar sind.															
Die Stellungnahme weist auf entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung berücksichtigt werden müssen.															
Die Stellungnahme weist auf keine entgegenstehenden Belange hin.	X														
Untere Wasserbehörde: Herr Schawe															
Die Stellungnahme weist auf keine entgegenstehenden Belange hin.	X														

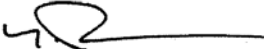
Seite 4/7

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss						
	<u>Niederschlagswasserbeseitigung:</u> Die Versickerung von Niederschlagswasser auf dem Grundstück ist erlaubnispflichtig und bei der unteren Wasserbehörde zu beantragen. Rechtsgrundlagen WHG Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts in der Neufassung des Art.1 des Gesetzes zur Neuregelung des Wasserrechts vom 31.Juli 2009 (BGBl. I S. 2585) Zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 04. Dezember 2018 (BGBl. S. 2254) LWaG Wassergesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 30.November 1992 (GVOBl. M-V S.669), zuletzt mehrfach geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 5. Juli 2018 (GVOBl. M-V S. 221, 228) Untere Behörden für Abfall, Boden- und Immissionsschutz Untere Abfallbehörde: Herr Scholz <table><tr><td>Die Stellungnahme weist auf erhebliche entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung kaum überwindbar sind.</td><td></td></tr><tr><td>Die Stellungnahme weist auf entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung berücksichtigt werden müssen.</td><td></td></tr><tr><td>Die Stellungnahme weist auf keine entgegenstehenden Belange hin.</td><td>x</td></tr></table> Abfallrechtliche Belange sind nicht erheblich berührt.	Die Stellungnahme weist auf erhebliche entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung kaum überwindbar sind.		Die Stellungnahme weist auf entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung berücksichtigt werden müssen.		Die Stellungnahme weist auf keine entgegenstehenden Belange hin.	x	4 zu 4. Der Antrag zur Versickerung ist entsprechend gesetzlichem Erfordernis bei der unteren Wasserbehörde zu stellen. zu 5. Die Rechtsgrundlagen werden zur Kenntnis genommen. 5 D zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine entgegenstehenden Belange bestehen. zu 2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass abfallrechtliche Belange nicht berührt werden.	Zu berücksichtigen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.
Die Stellungnahme weist auf erhebliche entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung kaum überwindbar sind.									
Die Stellungnahme weist auf entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung berücksichtigt werden müssen.									
Die Stellungnahme weist auf keine entgegenstehenden Belange hin.	x								

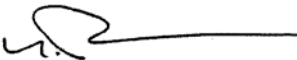
lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Untere Bodenschutzbehörde: Herr Scholz Die Stellungnahme weist auf erhebliche entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung kaum überwindbar sind. Die Stellungnahme weist auf entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung berücksichtigt werden müssen. Die Stellungnahme weist auf keine entgegenstehenden Belange hin. Bodenschutzrechtliche Belange sind nicht erheblich berührt. Untere Immissionsschutzbehörde: Herr Scholz Die Stellungnahme weist auf erhebliche entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung kaum überwindbar sind. Die Stellungnahme weist auf entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung berücksichtigt werden müssen. Die Stellungnahme weist auf keine entgegenstehenden Belange hin. Immissionsschutzrechtliche Belange sind nicht erheblich berührt. Untere Denkmalschutzbehörde Auf Basis der von Ihnen eingereichten Unterlagen stelle ich fest: Es sind keine Bau- und/oder Bodendenkmale nach heutigem Erkenntnisstand betroffen. Hinweis: Wenn während der Erdarbeiten unvermutet archäologische Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist gemäß § 11 Denkmalschutzgesetz M-V die untere Denkmalschutzbehörde zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle	E zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine entgegenstehenden Belange bestehen. zu 2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass bodenschutzrechtliche Belange nicht erheblich berührt werden. F zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass aus Sicht der Immissionsschutzbehörde keine entgegenstehenden Belange vorgetragen werden. zu 2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass immissionsschutzrechtliche Belange nicht erheblich berührt werden. G zu 1. Es wird berücksichtigt, dass keine Bau- und/oder Bodendenkmale nach heutigem Erkenntnisstand betroffen sind. Dies ist bereits Gegenstand der Hinweise im Teil B-Text. Ebenso das die Vorgehensweise bei Funden geregelt ist. Anforderungen an die Bearbeitung ergeben sich somit nicht.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	bis zum Eintreffen von Mitarbeitern oder Beauftragten des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege in unverändertem Zustand zu erhalten. Verantwortlich hierfür sind der Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundeigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt fünf (5) Werktagen nach Zugang der Anzeige bei der unteren Denkmalschutzbehörde. <u>FD Bau und Gebäudemanagement</u> <u>Straßenaufsichtsbehörde</u> Von Seiten der Straßenaufsichtsbehörde bestehen gemäß § 10 StrWG-MV keine Einwände zu o.g. Planänderung. <u>Straßenbaulastträger</u> Zur o. a. B-Planänderung gibt es unsererseits keine Einwände. Es sind keine Straßen und Anlagen in unserer Trägerschaft betroffen. <u>FD Öffentlicher Gesundheitsdienst</u> Nach Durchsicht der Antragsunterlagen bestehen von Seiten des Fachdienstes Öffentlicher Gesundheitsdienst keine Bedenken gegen o. g. Planungsvorhaben. <u>FD Kataster und Vermessung</u> Seitens des Kataster- und Vermessungsamtes gibt es weder Einwände noch Bedenken. In dem B-Planbereich befinden sich keine Aufnahme- und Sicherungspunkte des Lagenetzes. Ansonsten ist auf den Erhalt von Grenzpunkten der Flurstücksgrenzen zu achten. Falls die Punkte von Baumaßnahmen berührt werden, sind sie durch geeignete Maßnahmen zu sichern. Bei Beschädigung oder Verlust der Punkte ist der Verursacher verpflichtet, sie auf eigene Kosten durch einen öffentlich bestellten Vermessungsingenieur oder durch das Kataster- und Vermessungsamt wieder herstellen zu lassen. Hinweis: Die Übereinstimmung der Planungsunterlagen mit dem aktuellen Liegenschaftskataster wurde nicht geprüft.	H zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass aus Sicht der Straßenaufsichtsbehörde gemäß § 10 Straßen- und Wegegesetz M-V keine Einwände zur Planänderung bestehen. I zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass aus Sicht des Straßenbaulastträgers keine Einwände bestehen; es sind auch keine Straßen und Anlagen der Trägerschaft betroffen. J zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass seitens des Fachdienstes öffentlicher Gesundheitsdienst keine Bedenken bestehen. K zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Einwände und Bedenken bestehen und keine Aufnahme- und Sicherungspunkte des Lagenetzes vorhanden sind. Gesetzliche Anforderungen sind einzuhalten. zu 2. Die Katastersituation wird zum Abschluss des Bauleitplanverfahrens entsprechend geprüft.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss								
	Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg  II.2 StALU Westmecklenburg Bleicherufer 13, 19053 Schwerin Amt Klützer Winkel z. H. Frau Mertins Schloßstraße 1 23948 Klütz Amt Klützer Winkel EINGANG 17. Jan. 2020 <table border="1" data-bbox="264 539 537 592"> <tr> <td>AV</td><td>BM</td><td>LV</td><td>Sonst.</td></tr> <tr> <td>FB I</td><td>FB II</td><td>FB III</td><td>FB IV</td></tr> </table> Telefon: 0385 / 59 58 6-143 Telefax: 0385 / 59 58 6-570 E-Mail: Heike.Six@staluwm.mv-regierung.de Bearbeitet von: Heike Six AZ: StALU WM-416-19-5122-74010 (bitte bei Schriftverkehr angeben) Schwerin, 14. Januar 2020 Satzung über die 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 17 der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen „Dorf Tarnewitz“ Ihr Schreiben vom 3. Dezember 2019 Nach Prüfung der mir übersandten Unterlagen nehme ich in meiner Funktion als Träger öffentlicher Belange und aus fachtechnischer Sicht wie folgt Stellung: 1. Landwirtschaft/EU-Förderangelegenheiten Die Unterlagen habe ich aus landwirtschaftlicher Sicht geprüft. Landwirtschaftliche Belange werden von der o.g. Maßnahme nicht berührt. Daher werden keine Bedenken und Anregungen geäußert. 2. Integrierte ländliche Entwicklung Als zuständige Behörde zur Durchführung von Verfahren zur Neuregelung der Eigentumsverhältnisse nach dem 8. Abschnitt des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes und des Flurbereinigungsgesetzes möchte ich mitteilen, dass sich das Plangebiet in keinem Verfahren zur Neuregelung der Eigentumsverhältnisse befindet. Bedenken und Anregungen werden deshalb nicht geäußert. 3. Naturschutz, Wasser und Boden wird nachgereicht Hausanschrift: Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg Bleicherufer 13 19053 Schwerin Telefon: 0385 / 59 58 6 - 0 Telefax: 0385 / 59 58 6 - 570 E-Mail: poststelle@staluwm.mv-regierung.de Allgemeine Datenschutzinformation: Der Kontakt mit dem StALU Westmecklenburg ist mit der Speicherung und Verarbeitung der von Ihnen ggf. mitgeteilten persönlichen Daten verbunden (Rechtsgrundlage: Art. 6 (1) e DSGVO i.V.m. § 4 (1) DSGVO M-V). Weitere Informationen erhalten Sie unter www.stalu-mv.de/Service/Datenschutz/.	AV	BM	LV	Sonst.	FB I	FB II	FB III	FB IV	Zu 1: Landwirtschaftliche Flächen und somit landwirtschaftliche Belange werden mit der vorliegenden Planung nicht berührt. Bedenken und Anregungen werden nicht geäußert. Zu 2: Das Plangebiet befindet sich nicht in einem Verfahren zur Neuregelung der Eigentumsverhältnisse (wie aufgeführt). Bedenken und Anregungen werden nicht geäußert. Zu 3: Es wird auf die Stellungnahme des StALU vom 6. Februar 2020 und deren Auswertung verwiesen (lfd. Nr. II.2a dieser Tabelle).	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.
AV	BM	LV	Sonst.								
FB I	FB II	FB III	FB IV								

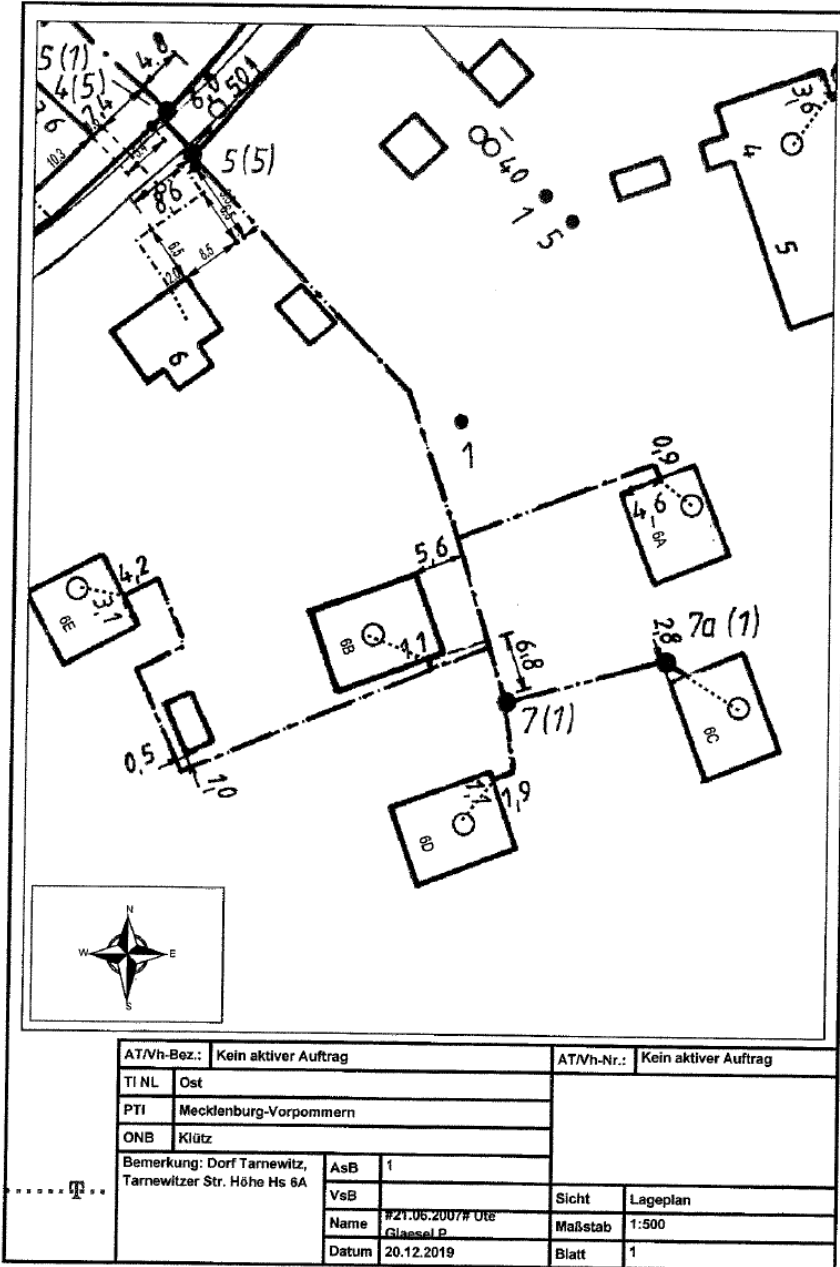
lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss								
	2 4. Immissions- und Klimaschutz, Abfall- und Kreislaufwirtschaft Genehmigungsbedürftige Anlagen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) ④ Im Planungsbereich und seiner immissionsschutzrelevanten Umgebung ist nachfolgende Anlage bekannt, die nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) genehmigt oder angezeigt wurde: <table border="1"> <thead> <tr> <th>Anlagenbetreiber</th><th>Anlage</th><th>Gemarkung</th><th>Flur-/stück</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Gemeinde Ostseebad Boltenhagen</td><td>Behandlungsanlage für Strandräumgut</td><td>Tarnewitz</td><td>Flur 1: 37/3; Flur 2: 21/6, 19/3</td></tr> </tbody> </table> Diese Anlage hat Bestandschutz. Davon ist bei allen weiteren Planungsmaßnahmen auszugehen. <u>Hinweis:</u> Bei der Umsetzung Ihres Planungsvorhabens ist zu berücksichtigen, dass die o. g. Anlage eine Anlage, nach Ziffer 8.12.2V i. V. m. 8.11.2.4V des Anhangs der Vierten Verordnung (4. BImSchV) zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes ist, mit einer Behandlungskapazität von ≤ 5.000 t/a und einer Gesamtlagerkapazität von ≤ 5.000 t nicht gefährlicher Abfälle (Strandräumgut), mit der Erweiterungsoption um nochmals bis zu 5.000 t Lagerkapazität. ⑤ Im Auftrag  Henning Remus	Anlagenbetreiber	Anlage	Gemarkung	Flur-/stück	Gemeinde Ostseebad Boltenhagen	Behandlungsanlage für Strandräumgut	Tarnewitz	Flur 1: 37/3; Flur 2: 21/6, 19/3	Zu 4: Die Mitteilung der Behörde wird zur Kenntnis genommen. Aufgrund des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 17 und seinen Festsetzungen sowie der vorhandenen Nutzungen in Tarnewitz ist davon auszugehen, dass von der aufgeführten Anlage für die vorliegende 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 17 keine erheblichen Beeinträchtigungen ausgehen. Sowohl planungsrechtlich als auch real vorhanden ist hier ein Allgemeines Wohngebiet. Die aufgeführte Anlage auf den angegebenen Flurstücken befindet sich südöstlich der Ortslage Tarnewitz südöstlich der Straße Eulenkrug – Boltenhagen (Tarnewitz) mehr als 400 m vom Plangebiet der 6. Änderung entfernt. Zum Siedlungsrand besitzt die Anlage einen Abstand von ca. 300 m. Zu 5: Die Angaben zur Anlage werden zur Kenntnis genommen.	Nicht zu berücksichtigen. Zur Kenntnis zu nehmen.
Anlagenbetreiber	Anlage	Gemarkung	Flur-/stück								
Gemeinde Ostseebad Boltenhagen	Behandlungsanlage für Strandräumgut	Tarnewitz	Flur 1: 37/3; Flur 2: 21/6, 19/3								

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss								
	Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg StALU Westmecklenburg Bleicherufer 13, 19053 Schwerin Amt Klützer Winkel z. H. Frau Mertins Schloßstraße 1 23948 Klütz Amt Klützer Winkel EINGANG 10. Feb. 2020 <table border="1"> <tr> <td>AV</td> <td>BM</td> <td>LVB</td> <td>Sonst.</td> </tr> <tr> <td>FB I</td> <td>FB II</td> <td>FB III</td> <td>FB IV</td> </tr> </table> Telefon: 0385 / 59 58 6-143 Telefax: 0385 / 59 58 6-570 E-Mail: Heike.Six@staluwm.mv-regierung.de Bearbeitet von: Heike Six AZ: StALU WM-415a-19-5122-74010 (bitte bei Schriftverkehr angeben) Schwerin, 6. Februar 2020 Satzung über die 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 17 der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen „Dorf Tarnewitz“ Nachtrag zum Schreiben vom 14. Januar 2020, 415-19-5122-74010 Nach Prüfung der mir übersandten Unterlagen nehme ich in meiner Funktion als Träger öffentlicher Belange und aus fachtechnischer Sicht wie folgt Stellung: 3. Naturschutz, Wasser und Boden 3.1 Naturschutz Von der 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 17 sind meine Belange nach §§ 5 und 40 Abs. 2 Nr. 2 Naturschutzausführungsgesetz - NatSchAG M-V vom 23. Februar 2010 (GVOBl. M-V 2010, S. 66; letzte berücksichtigte Änderung: § 12 geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 5. Juli 2018 (GVOBl. M-V S. 221, 228)) nicht betroffen. Die Belange anderer Naturschutzbehörden nach §§ 2, 3, 6 und 7 NatSchAG M-V sind zu prüfen. 3.2 Wasser Die Gemeinde Ostseebad Boltenhagen verfolgt das Ziel, die Ortslage Tarnewitz als Allgemeines Wohngebiet weiter zu festigen und mit Grund und Boden sparsam und schonend umzugehen, indem eine bereits als Wohngebiet festgesetzte Fläche nunmehr mit der Festsetzung einer überbaubaren Fläche künftig für die Hauptnutzung zur Verfügung stehen soll. Als Träger öffentlicher Belange nimmt das StALU Westmecklenburg aus Sicht des Hochwasserschutzes wie folgt Stellung: Der nördliche Standort des B-Planes befindet sich im hochwassergeschützten Bereich. Hausanschrift: Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg Bleicherufer 13 19053 Schwerin Telefon: 0385 / 59 58 6 - 0 Telefax: 0385 / 59 58 6 - 570 E-Mail: poststelle@staluwm.mv-regierung.de <u>Allgemeine Datenschutzinformation:</u> Der Kontakt mit dem StALU Westmecklenburg ist mit der Speicherung und Verarbeitung der von Ihnen ggf. mitgeteilten persönlichen Daten verbunden (Rechtsgrundlage: Art. 6 (1) e DSGVO i.V.m. § 4 (1) DSGVO M-V). Weitere Informationen erhalten Sie unter www.stalu-mv.de/Service/Datenschutz/.	AV	BM	LVB	Sonst.	FB I	FB II	FB III	FB IV	II, 2a Zu 1: Die Gemeinde nimmt zur Kenntnis, dass die vom StALU zu vertretenden Belange in Bezug auf den Naturschutz nicht betroffen sind. Anregungen oder Bedenken wurden nicht hervorgebracht. Zu 2: Der Landkreis Nordwestmecklenburg wurde am Planverfahren beteiligt. Die Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde liegt vor; es wurden weder Anregungen noch Hinweise mitgeteilt. Zu 3: Die Darlegungen zum Inhalt der Planung werden zur Kenntnis genommen. Zu 4: Das Plangebiet der 6. Änderung befindet sich im hochwassergeschützten Bereich. Das Plangebiet der 6. Änderung liegt nicht im Hochwasserrisikogebiet nach der Hochwassermanagement-Richtlinie, jedoch der nördliche Bereich des Bebauungsplanes Nr. 17. Gegenstand der vorliegenden Planung ist die Planänderung im Geltungsbereich der 6. Änderung, so dass hier davon auszugehen ist, dass Belange nicht betroffen sind und Maßnahmen nicht zu treffen sind. Dazu wird auf die Darlegungen in der Begründung unter Pkt. 4.5 verwiesen.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen.
AV	BM	LVB	Sonst.								
FB I	FB II	FB III	FB IV								

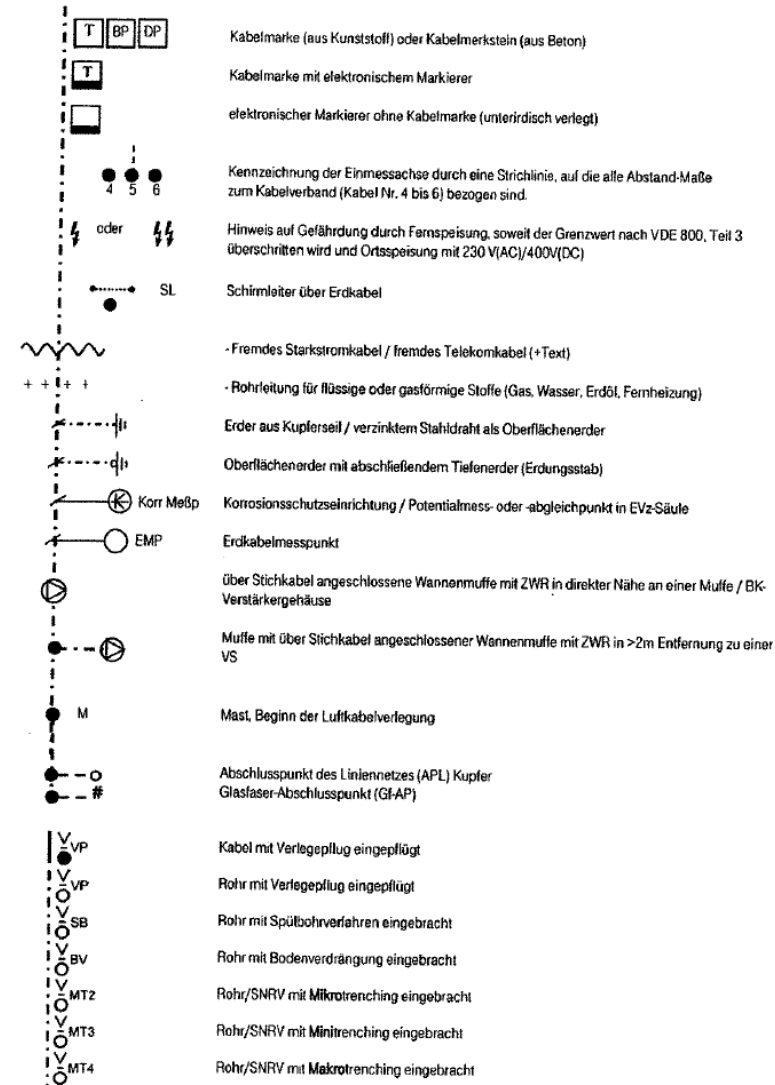
lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	2 Der Ausbau des Hochwasserschutzsystems als öffentliche Aufgabe des Landes M-V zum Schutz von im Zusammenhang bebauten Gebieten gemäß § 83 Abs. 1 des Landeswassergesetzes M-V (LWaG M-V) ist von Redewisch bis Tarnewitz abgeschlossen, so dass der Schutz gegen das Bemessungshochwasser der Ostsee in Boltenhagen grundsätzlich gewährleistet ist. Der Bemessungshochwasserstand (BHW) der Ostsee beträgt 3,20 m ü. NHN. (5) Das Eintreten höherer Sturmfluten oder ein Versagen der Küstenschutzanlagen ist aber nicht ausgeschlossen. Gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (WHG) ist jede Person, die durch Hochwasser betroffen sein kann, im Rahmen des ihr Möglichen und Zumutbaren verpflichtet, geeignete Vorsorgemaßnahmen zum Schutz vor nachteiligen Hochwasserfolgen und zur Schadensminderung zu treffen, insbesondere die Nutzung von Grundstücken den möglichen nachteiligen Folgen für Mensch, Umwelt oder Sachwerte durch Hochwasser anzupassen. Bei einer Höhenlage unter 3,20 m NHN sind Beeinträchtigungen durch Hochwasserereignisse und damit im Zusammenhang stehende erhöhte Grundwasserstände nicht ausgeschlossen. Der Bauherr hat für diesen Fall geeignete Vorkehrungen zu treffen, wie z.B. die Gründungstiefe anzupassen und tiefer liegende sowie unterirdische Gebäudeteile (Tiefgarage, Kellergeschoss) baulich gegen eindringendes Wasser zu schützen. (6) Das Land M-V übernimmt keinerlei Haftung für Hochwasserschäden, selbst dann nicht, wenn Küstenschutzanlagen den auftretenden Belastungen nicht standhalten. Das Risiko ist durch den Bauherren selbst zu tragen. Unter Beachtung dieser Hinweise bestehen aus Sicht des Hochwasserschutzes grundsätzlich keine Bedenken gegen die Änderung des B-Planes. 3.3 Boden Das Altlasten- und Bodenschutzkataster für das Land Mecklenburg-Vorpommern wird vom Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern, Goldberger Straße 12, 18273 Güstrow, anhand der Erfassung durch die Landräte der Landkreise und Oberbürgermeister/Bürgermeister der kreisfreien Städte geführt. Entsprechende Auskünfte aus dem Altlastenkataster sind dort erhältlich. (7) Werden in Bewertung dieser Auskünfte oder darüber hinaus durch Sie schädliche Bodenveränderungen, Altlasten oder altlastverdächtige Flächen im Sinne des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodSchG) festgestellt, sind Sie auf Grundlage von § 2 des Gesetzes zum Schutz des Bodens im Land Mecklenburg-Vorpommern (Landesbodenschutzgesetz – LBodSchG M-V) verpflichtet, den unteren Bodenschutzbehörden der Landkreise und kreisfreien Städte hierüber Mitteilung zu machen. (8) Im Auftrag  Henning Remus	Zu 5: Die Ausführungen zum Hochwasserschutz werden zur Kenntnis genommen. Der Bemessungshochwasserstand der Ostsee beträgt 3,20 m ü NHN und ist zu beachten. Das Plangebiet der 6. Änderung liegt nicht im Hochwasserrisikogebiet nach der Hochwassermanagement-Richtlinie. Aufgrund der Darlegungen wird vorsorglich ein Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen. Der Text – Teil B und die Begründung sind zu ergänzen. Zu 6: Das Plangebiet der 6. Änderung liegt nicht im Hochwasserrisikogebiet nach der Hochwassermanagement-Richtlinie. Aufgrund der Darlegungen wird vorsorglich ein Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen. Der Text – Teil B und die Begründung sind zu ergänzen. Zu 7: Der Landkreis Nordwestmecklenburg, Untere Bodenschutzbehörde, ist am Planverfahren beteiligt. In der Stellungnahme blieb die Untere Bodenschutzbehörde ohne Anregungen oder Hinweise. Es ist davon auszugehen, dass nach dem derzeitigen Kenntnisstand keine Altlasten oder Altlastenverdachtsflächen für das Plangebiet bestehen. Der Text – Teil B und die Begründung sind zu ergänzen. Zu 8: Es wird vorsorglich ein Hinweis in die Planunterlagen aufgenommen. Der Text – Teil B und die Begründung sind zu ergänzen.	Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	T . . ERLEBEN, WAS VERBINDET. DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH 01059 Dresden Amt Klützer Winkel Schloßstraße 1 23948 Klütz <i>12</i> REFERENZEN AZ: SCHU/ME vom 3. Dezember 2019, Frau Mertins SPARTNER PTI 23, PPb 5 Ute Glaesel AZ: PLURAL 264284, 6.Änd./ 87750410 NUMMER 0385/723-79593, Ute.Glaesel@telekom.de DATUM 20. Dezember 2019 BETRIFFT Satzung über die 6. Änderung des Bebauungsplan Nr. 17 der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen "Dorf Tarnewitz" Sehr geehrte Frau Mertins, die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Anbei die Bestandspläne der Telekommunikationsanlagen der Telekom. Wir bitten Sie, die Ihnen überlassene Planunterlage nur für interne Zwecke zu benutzen und nicht an Dritte weiterzugeben. Gegen die o. g. Planung haben wir dann keine Einwände, wenn für die Telekom die erforderlichen Unterhaltungs- und Erweiterungsmaßnahmen an ihrem ober- und unterirdischen Kabelnetz jederzeit möglich sind und die nachfolgend genannten Auflagen und Hinweise eingehalten werden. Die Versorgung der entstehenden Bebauung mit Telekommunikationsinfrastruktur kann beim Bauherrens-service der Telekom telefonisch unter der Service-Rufnummer 0800-3301903 (Anruf zum Nulltarif) beauftragt werden. Eine von der zuständigen Amtsverwaltung offiziell vergebene Wohnadresse mit Hausnummer ist für die Anmeldung des Hausanschlusses unerlässlich. Anmeldungen für Grundstücke ausschließlich mit Flurstücksangaben können aus verwaltungstechnischen Gründen nicht bearbeitet werden. Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen)	zu 1. Die Zuständigkeit der Deutschen Telekom Technik GmbH für die Telekom Deutschland GmbH wird zur Kenntnis genommen. zu 2. Die Bestandspläne werden zu den Verfahrensunterlagen genommen. Anforderungen an die Planung ergeben sich dadurch nicht. zu 3. Die Gemeinde Ostseebad Boltenhagen geht davon aus, dass dies beachtet werden kann. Hauptleitungen können im öffentlichen Bereich verlegt werden. Hausanschlussleitungen sind ohnehin erneut abzustimmen mit dem betroffenen privaten Grundstückseigentümer. zu 4. Dieser Hinweis wird zur Kenntnis genommen und bei der Anmeldung beachtet. zu 5. Im Rahmen der Bauleitplanung wird davon ausgegangen, dass in der nachfolgenden Bauausführung die entsprechenden vorhandenen Leitungen beachtet werden; dies betrifft auch andere Leitungsträger.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	T . . . ERLEBEN, WAS VERBINDET. DATUM 20.12.2019 EMPFÄNGER Amt Klützer Winkel SEITE 2 der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden vor Beginn der Arbeiten über die Lage der zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien der Telekom informieren und einen Schachtschein einholen über die Internetanwendung „Trassenauskunft Kabel“ (https://trassenauskunft-kabel.telekom.de) oder unter der Mailadresse (planauskunft.nordost@telekom.de). Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten. Mit freundlichen Grüßen i.A. Ute Glaesel Digital unterschrieben von Ute Glaesel Datum: 2019.12.20 08:19:11 +01'00' Anlagen 1 Lageplan M1:500	zu 6. Der Hinweis zur Möglichkeit der kostenlosen Trassenauskunft wird zur Kenntnis genommen. Für die Bauleitplanung wird die beigefügte Stellungnahme als Grundlage und ausreichend beachtet.	Zur Kenntnis zu nehmen.



Stand: 28.06.2017



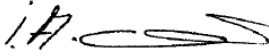
16

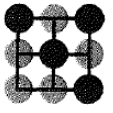
Ifd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Lediglich die in den Plänen vermerkten Maße (nicht die zeichnerische Darstellung!) geben einen Anhalt für die Lage der dargestellten Telekommunikationslinien/-anlagen. Einmessungen an Kabelrohrverbänden beziehen sich auf die Mitte der Kabelschacht-Abdeckung. Alle Maße sind in Meter vermerkt. Bitte beachten Sie, dass es aufgrund von nachträglicher Bautätigkeit zu Veränderungen in der Verlegetiefe der Telekommunikationslinien/-anlagen kommen kann! Im Bereich von Verbindungsmuffen, Rohrunterbrechungen und Kabelverbänden ist mit größeren Ausbiegungen der Kabellage zu rechnen! Im Bereich der Kabeleinführungen von Multifunktionsgehäusen, Kabelverzweigern und sonstigen Verteileinrichtungen ist besondere Vorsicht geboten. Kreuzungen und Näherungen von Starkstromkabeln und Rohrleitungen sind nur eingezeichnet worden, soweit sie bei Arbeiten an den Telekommunikationslinien/-anlagen vorgefunden wurden oder in anderer Weise nachträglich bekanntgeworden sind. Oberflächenmerkmale und deren Abkürzungen sind der DIN 18 702 „Zeichen für Vermessungsrisse, großmaßstäbige Karten und Pläne“ zu entnehmen.	zu 7. Die Anforderungen an die Bauausführung sind im nachfolgenden Verfahren entsprechend zu beachten.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss																
	Amt Klützer Winkel EINGANG 20. Dez. 2019 <table border="1"> <tr> <td>AV</td> <td>BM</td> <td>LVB</td> <td>Sonst.</td> </tr> <tr> <td>1</td> <td>1</td> <td>1</td> <td>1</td> </tr> </table> Karl-Marx-Str. 7/9 23936 Grevesmühlen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Körperschaft des öffentlichen Rechts ME - Der Verbandsvorsteher - Amt Klützer Winkel FD Bau- und Ordnungswesen Schloßstraße 1 23948 Klütz Standort- und Anschlußwesen Sprechzeiten: Montag bis Mittwoch und Freitag 9.00 - 18.00 Uhr Donnerstag 9.00 - 18.00 Uhr <table border="1"> <thead> <tr> <th>Mein Aktenzeichen</th> <th>Sechsaurekurt</th> <th>Durchwahl</th> <th>Datum</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>t1/ck</td> <td>Cornelia Kumbornuss</td> <td>757 610</td> <td>18.12.2019</td> </tr> </tbody> </table> Satzung über die 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 17 der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen „Dorf Tarnewitz“ für ein Grundstück in der Tarnewitzer Straße Reg.-Nr. 0211/12-05 Sehr geehrte Damen und Herren, mit Schreiben vom 03.12.2019 (Eingang 06.12.2019) haben Sie um Stellungnahme zur 6. Änderung des B-Planes Nr. 17 der Gemeinde Boltenhagen. (Planungsstand: 24.10.2019) Die 6. Änderung des Bebauungsplanes schafft die planungsrechtliche Grundlage für eine zusätzliche Bebauung (Büro und Garage) eines Grundstückes in der Tarnewitzer Straße. Durch den Zweckverband wird dem Vorhaben auf der Grundlage der gültigen Satzungen die grundsätzliche Zustimmung erteilt. Die Trinkwasserver- und Schmutzwasserentsorgung des Grundstückes sind über die Anlagen des ZVG gewährleistet. Auf Antragstellung werden der Trinkwasseranschluss sowie der Grundstücksanschluss Schmutzwasser kostenpflichtig für den Anschlussnehmer hergestellt. Das Grundstück unterliegt dem Anschluss- und Benutzungszwang gemäß gültiger Satzung des Zweckverbandes und ist entsprechend beitragspflichtig. Das anfallende Niederschlagswasser wird auf dem Grundstück verwertet bzw. versickert. Die wasserrechtliche Erlaubnis ist bei der Unteren Wasserbehörde des Landkreises NWM zu beantragen. Zuständig für die Bereitstellung von Löschwasser ist die Gemeinde. Im Bereich der 6. Änderung befindet sich ein Hydrant der für Löschwasserzwecke zur Verfügung steht. Er bringt bei Einzelentnahme mehr als 48 m³/h. Jede weiterführende Planung ist dem Zweckverband zur Stellungnahme vorzulegen. Mit freundlichen Grüßen Andreas Lachmann	AV	BM	LVB	Sonst.	1	1	1	1	Mein Aktenzeichen	Sechsaurekurt	Durchwahl	Datum	t1/ck	Cornelia Kumbornuss	757 610	18.12.2019	zu 1. Diese Information wird zur Kenntnis genommen. zu 2. Der Planinhalt wird entsprechend Zielsetzung wiedergegeben. zu 3. Die grundsätzliche Zustimmung wird zur Kenntnis genommen. zu 4. Die Sicherung der Versorgung für Trinkwasser und die Schmutzwasserentsorgung werden zur Kenntnis genommen. Im Zuge des Antragsverfahrens sind die entsprechenden Abstimmungen mit dem ZVG dann zu führen. zu 5. Die wasserrechtliche Erlaubnis wird bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises beantragt. zu 6. Die Löschwasserbereitstellung für 48 m³/h über 2 Stunden wird zur Kenntnis genommen. Das zukünftige Bauvorhaben hat die Vorgaben entsprechend zu beachten. zu 7. Sofern sich Planungserfordernisse ergeben, werden die erneut mit dem ZVG abgestimmt.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen. Zur Kenntnis zu nehmen.
AV	BM	LVB	Sonst.																
1	1	1	1																
Mein Aktenzeichen	Sechsaurekurt	Durchwahl	Datum																
t1/ck	Cornelia Kumbornuss	757 610	18.12.2019																

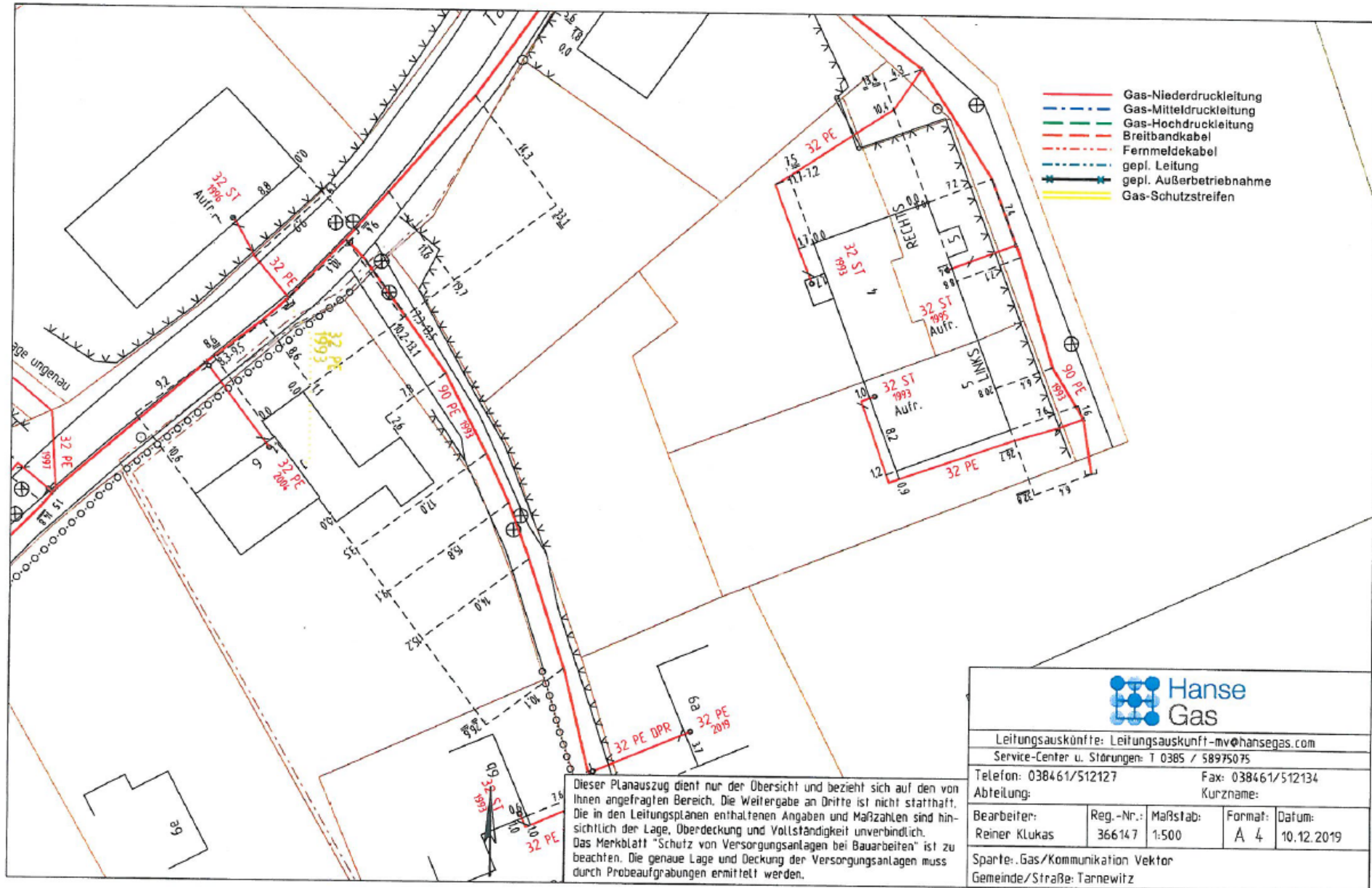




lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	e.dis Bei weiteren Fragen steht Ihnen Herr Lange unter der o.g. Telefonnummer gern zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen E.DIS Netz GmbH  Norbert Lange  Jörn Suhrbier Anlage: Lageplan	zu 5. Die Kontaktinformationen werden zur Kenntnis genommen.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	 Hanse Gas Amt Klützer Winkel Fachbereich IV-Bauwesen Frau Carola Mertins Schloßstraße 1 23948 Klütz II. 16 Leitungsauskunft HanseGas GmbH Netzdienste Jägerstieg 2 18246 Bützow leitungsauskunft-mv@hansegas.com T 038461-51-2127 F 038461-51-2134 10.12.2019 Reg.-Nr.: 366147(bei Rückfragen bitte angeben) Baumaßnahme: Entwurf zur 6. Änderung des B-Planes Nr.: 17 --Dorf Tarnewitz-- im vereinfachten Verfahren, hier: TöB Ort: Gemeinde Ostseebad Boltenhagen OL Tarnewitz, Dorfstr. HanseGas GmbH bei Störungen und Gasgerüchen 0385 - 58 975 075 Tag und Nacht besetzt Sehr geehrte Damen und Herren, in dem von Ihnen angegebenen Bereich befinden sich Versorgungsanlagen aus dem Verantwortungsbereich der HanseGas GmbH. Beachten Sie bitte Seite 2 dieser Auskunft. Freundliche Grüße Reiner Klukas Geschäftsführung: Kirsten Fust Dr. Joachim Kabs Stefan Strobl Sitz Quickborn Amtsgericht Pinneberg HR 12571 PI St.-Nr. 28/297/25914	zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich Anlagen der Hanse Gas GmbH im Bereich befinden. Da sich diese im öffentlichen Bereich befinden (Hauptleitungen), ergeben sich keine Anforderungen, die in der Planung weiter zu beachten sind.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Mit diesem Schreiben erhalten Sie Planauszüge aus denen die Lage der Versorgungsanlagen im Verantwortungsbereich der HanseGas GmbH im o. a. Bereich ersichtlich ist. Die Planauszüge dienen nur zu Planungszwecken und dürfen nicht an Dritte weitergegeben werden. Die in den Leitungsplänen enthaltenen Angaben und Maßzahlen sind hinsichtlich der Lage und Verlegungstiefe unverbindlich; Abweichungen sind möglich. Bei einer Bauausführung sind durch die ausführende Firma aktuelle Planauszüge rechtzeitig vor Baubeginn anzufordern. Das Merkblatt "Schutz von Versorgungsanlagen bei Bauarbeiten" ist bei den Planungen zu beachten. Anmerkungen: Zum Schutz der im genannten Bereich befindlichen Niederdruckgasleitungen sowie der Hausanschlüsse unserer Rechtsträgerschaft/Verwaltung sind folgende Forderungen/Hinweise zu beachten: Beim Verlegen von Ver- oder Entsorgungsleitungen oder Bebauung/Bepflanzung sind die nach dem jeweils gültigen Regelwerk geforderten Mindestabstände/Schutzstreifen einzuhalten. Keine Überbauung mit Bitumen, Beton oder ähnlichen Material, außer im direkten Kreuzungsbereich. Freigelegte Gasleitungen sind fachgerecht gegen Beschädigung zu sichern. Schäden an Gasleitungen/Anlagen sind unverzüglich zu melden. Die Überdeckung der Gasleitung darf sich nicht ändern. Die genaue Lage und Überdeckung der Gasleitungen ist durch Suchschachtungen zu ermitteln. Ober- oder unterirdische Anlagen/Hinweiszeichen dürfen in Lage und Standort nicht verändert werden. Die Flurstücksgrenzen wurden zeichnerisch aus den Flurkarten übertragen. Es erfolgte keine Grenzfeststellung in der Örtlichkeit. Die Bestandsunterlagen werden zur Zeit überarbeitet. Der Bauausführende hat vor Beginn der Bauarbeiten einen Aufgrabeschein zu beantragen. Eventuell notwendige Umverlegungen sind nicht in dieser Zustimmung enthalten und bedürfen einer gesonderten Klärung. Die Durchführung von Baumaßnahmen (z. B.: Instandhaltungsarbeiten, Einbindungen oder die Verlegung von Hausanschlüssen) im Bereich der Gasleitungen muß gewährleistet sein. Anlagen: Merkblatt Leitungsanfrage Rohrnetzplan.pdf	zu 2. Die Planauszüge werden den Verfahrensunterlagen beigelegt. Detaillierte Abstimmungen sind im Zuge der Bauvorbereitung und der Anschlussgestaltung zu führen. zu 3. Hinweise zum Schutz der Leitungen sind entsprechend zu beachten. Die Anforderungen an die Baumaßnahmen sind entsprechend im nachfolgenden Verfahren des Baus zu berücksichtigen. zu 4. Die Anlagen liegen dieser Stellungnahme bei und werden zu den Verfahrensunterlagen genommen. Anforderungen an die Bauleitplanung ergeben sich dadurch nicht.	Zu berücksichtigen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.





Merkblatt **Schutz von Versorgungsanlagen bei** **Bauarbeiten**

Hinweise und Pflichten
So lassen sich Schäden vermeiden
Um Schäden an Versorgungsanlagen für Strom, Gas, Wasser, Wärme und Kommunikation zu vermeiden, sind bei Bauarbeiten folgende Hinweise zu beachten:
Jeder Bauunternehmer hat bei Durchführung ihm übertragener Hoch- und Tiefbauarbeiten auf öffentlichem und privatem Grund mit dem Vorhandensein unterirdisch verlegter Versorgungsanlagen zu rechnen und seine Mitarbeiter und gegebenenfalls Subunternehmer entsprechend zu unterweisen und zu überwachen.
Der Bauunternehmer ist verpflichtet,
rechtzeitig vor Beginn der Bauarbeiten bei der HanseGas GmbH durch Anforderung von Leitungsplänen, sich Auskunft über die Lage der im Arbeitsbereich befindlichen Versorgungsanlagen einzuholen sowie aus Sicherheitsgründen vor Beginn der Bauarbeiten die tatsächliche Lage und Überdeckung der Versorgungsanlagen durch Probeaufgrabungen festzustellen. Sollten sich Differenzen zwischen den Planunterlagen und der Örtlichkeit ergeben, ist die weitere Vorgehensweise mit der HanseGas GmbH abzustimmen.
Lage der Versorgungsanlagen
Die HanseGas GmbH betreibt Versorgungsanlagen sowohl auf öffentlichem als auch privatem Grund. Die Leitungen haben in der Regel folgende Überdeckung:
Überdeckung der Leitungen
0,40 - 0,80 m auf privatem Grund
0,40 - 1,00 m auf öffentlichem Grund
1,00 - 1,50 m bei Wasserleitungen
0,80 - 1,20 m bei Gasfernleitungen
bis 1,20 m auf landwirtschaftlicher Nutzfläche
In den Leitungen sind Einbauten vorhanden, die seitlich abzweigen und/oder über den Rohrscheitel hinaus zum Teil bis zur Geländeoberfläche reichen. Folgende Mindestabstände zu Leitungen und ihren Einbauten dürfen ohne Zustimmung von der HanseGas GmbH nicht unterschritten werden. Art und Umfang eventuell erforderlicher Schutzvorkehrungen sind rechtzeitig mit der HanseGas GmbH abzustimmen.
Mindestabstände zu Leitungen und ihren Einbauten
Für erdverlegte Versorgungsanlagen:
0,10 m bei Kreuzungen
0,20 m bei Parallelverlegungen
Zwischen PE-Leitungen und Kabeln über 1 kV, sowie bei Gas-Hochdruck- sind die doppelten und bei Wärmeleitungen die dreifachen Mindestabstände einzuhalten. Gasfernleitungen sind in einem Schutzstreifen verlegt. Hier gelten noch größere Mindestabstände, die im Einzelfall mit der HanseGas GmbH abzustimmen sind.
Für Freileitungen:
1,00 m bei Freileitungen bis 1 kV
3,00 m bei Freileitungen von 1 kV bis 60 kV
über 60 kV erfolgen die Angaben vom zuständigen Netzbetreiber



Merkblatt **Schutz von Versorgungsanlagen bei** **Bauarbeiten**

Maßnahmen
Schutz und Sicherheit gehen vor
Einsatz von Baugeräten
Baugeräte sind nur so einzusetzen, dass eine Gefährdung der Versorgungsanlagen ausgeschlossen ist und die Abstände zu Freileitungen eingehalten werden. In unmittelbarer Nähe von Leitungen darf Boden nur in Handschachtung ausgehoben werden.
Leitungstrassen
Leitungstrassen mit nicht tragfähigen Oberflächen dürfen erst nach deren Befestigung (z.B. durch Baggermatratzen) mit Baufahrzeugen befahren werden.
Ramm- und Bohrarbeiten
Vor Beginn von Ramm- und Bohrarbeiten sind Leitungen durch Handschachtung freizulegen, zu schützen und zu sichern (auch gegen Schwingungen bei Vortrieb- und Ziehvorgängen). Mit der Rammung darf erst unterhalb der Rohrsohle begonnen werden. Im Bereich von Guss-, PVC- und Stahlmuffenleitungen sind Rammungen unzulässig.
Freigelegte Versorgungsleitungen
Freigelegte Versorgungsleitungen und ihre Einbauten sind fachgerecht gegen Beschädigung sowie Lageveränderung in Abstimmung mit der HanseGas GmbH zu sichern. Freigelegte Leitungen dürfen nicht betreten oder anderweitig belastet werden. Insbesondere bei Wärmeleitungen ist die Gefahr des Ausknickens durch Wärmespannungen zu beachten. Durch Baugrubenverbau dürfen keine Kräfte auf die Rohre übertragen werden.
Kathodischer Rohrschutz
Um den kathodischen Rohrschutz von Leitungen nicht zu gefährden, dürfen keine elektrisch leitenden Verbindungen zu metallischen Gasrohrleitungen hergestellt werden.
Wärmequellen
Wärmequellen sind aus dem Bereich von Versorgungsanlagen fernzuhalten.
Zugänglichkeit von Versorgungsanlagen
Im Baustellenbereich befindliche Versorgungsanlagen (erkennbar durch Straßenkappen, Hinweisschilder u. ä.) müssen jederzeit zugänglich sein und bedienbar bleiben. Dies gilt auch bei Asphaltierungsarbeiten.
Über Versorgungsanlagen dürfen Baustelleneinrichtungen, Baumaterial, Bodenaushub und ähnliches nur nach vorheriger Zustimmung mit der HanseGas GmbH für einen begrenzten Zeitraum gelagert werden. Die Zustimmung wird bei PVC- und Gussleitungen nicht gegeben. Bei Erfordernis muss die Leitungstrasse sofort nach erster Aufforderung durch die HanseGas GmbH, vom Verursacher auf dessen Kosten geräumt werden.
Überbauungen/Bepflanzungen
Jegliches Überbauen von Leitungen einschließlich der Hausanschlussleitungen ist unzulässig. Auch die Herstellung vollständig geschlossener gasundurchlässiger Oberflächen bis an Gebäudeaußenwände ist nicht zulässig. Bei Baumpflanzungen im Bereich von 2,5 m sind Maßnahmen zum Schutz der Leitungen mit der HanseGas GmbH abzustimmen.
Verfüllung der Baugrube und Verdichtung des Bodens
Die Leitung muss mit einer Schichtdicke von mindestens 10 cm allseitig mit verdichtungsfähigem, steinfreiem Boden umgeben sein. Die Rohrlage darf nicht verändert und die Umhüllung bzw. Wärmeisolierung nicht beschädigt werden. Der eingebrachte Boden ist bis zu 40 cm über Rohrscheitel von Hand zu verdichten. Erst darüber ist der Einsatz von maschinellen Gerät zulässig.



Merkblatt Schutz von Versorgungsanlagen bei Bauarbeiten

Trassenwarnband

Trassenwarnband muss ca. 40 cm über dem Scheitel der Leitung verlegt werden. Trassenwarnband für die jeweilige Leitungsart kann bei der HanseWerk GmbH angefordert werden.

Gasströmungswächter

In Hausanschlussleitungen werden in zunehmendem Umfang Gasströmungswächter eingebaut.

Dadurch kann es selbst bei schweren Beschädigungen dazu kommen, dass nur ein geringer Gasaustritt festgestellt wird.

Beachten Sie bei jeder Beschädigung die obigen Hinweise und informieren Sie uns sofort.

Vorgehensweise

Was tun bei Schadensfällen?

Bei ausströmendem Gas besteht Brand- und Explosionsgefahr!

Vorsicht bei Schäden an Biogasleitungen!

Gase aus der biologischen Erzeugung können neben Methan auch Kohlenstoffdioxid und Schwefelwasserstoff enthalten.

Kohlenstoffdioxid kann den Sauerstoff in der Atemluft verdrängen, das Einatmen von Schwefelwasserstoff gefährdet die Gesundheit.

Brände nur in Absprache mit Feuerwehr und Netzbetreiber löschen.

Im Netz erdungebaute Armaturen werden nur vom Fachpersonal des Netzbetreibers bzw. in Absprache bedient.

Bei Schäden sind sofort folgende Vorkehrungen zur Verminderung von Gefahren zu treffen:

- Arbeiten im Bereich der Schadenstelle sofort einstellen
- Gefahrenbereich räumen und weiträumig absichern
- Zutritt unbefugter Personen verhindern
- Erforderlichenfalls Polizei und/oder Feuerwehr benachrichtigen
- Weitere Maßnahmen mit der HanseGas GmbH abstimmen
- Eine verantwortliche Person der bauausführenden Firma muss bis zum Eintreffen der HanseGas GmbH an der Schadenstelle bleiben

Bei ausströmendem Gas besteht akute Zündgefahr, deshalb außerdem:

- Funkenbildung vermeiden
- Nicht rauchen
- Keine offenen Flammen gebrauchen
- Keine elektrischen Anlagen bedienen
- Sofort alle Baumaschinen und Fahrzeugmotoren abstellen
- Angrenzende Gebäude auf Gaseintritt prüfen. Falls Gas eingetreten ist, ist für ausreichende und gefahrlose Lüftung zu sorgen
- Bei angrenzenden Gebäuden sind Fenster und Türen zu schließen, um einen Gaseintritt zu verhindern. Hierbei ist die Windrichtung zu beachten.

Bei Schäden an Wärmeleitungen besteht durch ausströmendes Heizwasser Verbrühungsgefahr.

Informationspflicht

Meldung bei Schadensfällen

Jede Beschädigung von Versorgungsanlagen ist bei der HanseWerk AG sofort unter der folgenden Rufnummer mit genauer Angabe des Schadensortes und der Schadensart zu melden.

Hier melden Sie den Schaden

HanseGas GmbH Störungsannahme
0385-589 75 075

HanseGas GmbH
Am Koppelberg 15
17489 Greifswald



Leitungsanfrage



Per E-Mail an
leitungsanfrage@hansegas.com

HanseGas GmbH
Schleswig-Hein-Platz 1
25451 Quickborn

Formular Drucken

Anfrage per E-Mail senden

Zweck der Leitungsanfrage

voraussichtlicher
Ausführungsbeginn:

Fragen zur Maßnahme

☐ Baumaßnahme

☐ Planung

☐ Pressarbeiten

☐ Rammarbeiten

☐ Spundungsarbeiten

☐ Sprengarbeiten

☐ Kampfmittelbergung

☐ eine Außerbetriebnahme von
Leitungen ist erforderlich

☐ Planung für Extern

Name der beauftragenden Firma

☐ Planung für HanseGas GmbH

Ansprechpartner bei
HanseGas GmbH

Beschreibung der Maßnahme

Lokation der Maßnahme (Bitte Lageplan beifügen)

Ort/Gemeinde

Straße von/bis

Adressdaten des Anfragenden

Firmenname

Telefon

Ansprechpartner

Fax

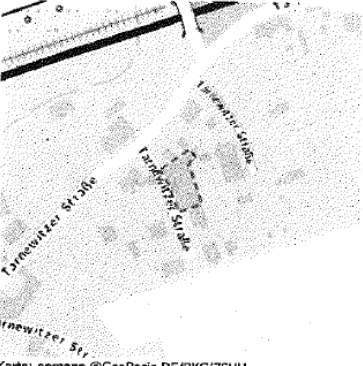
Ort/Gemeinde

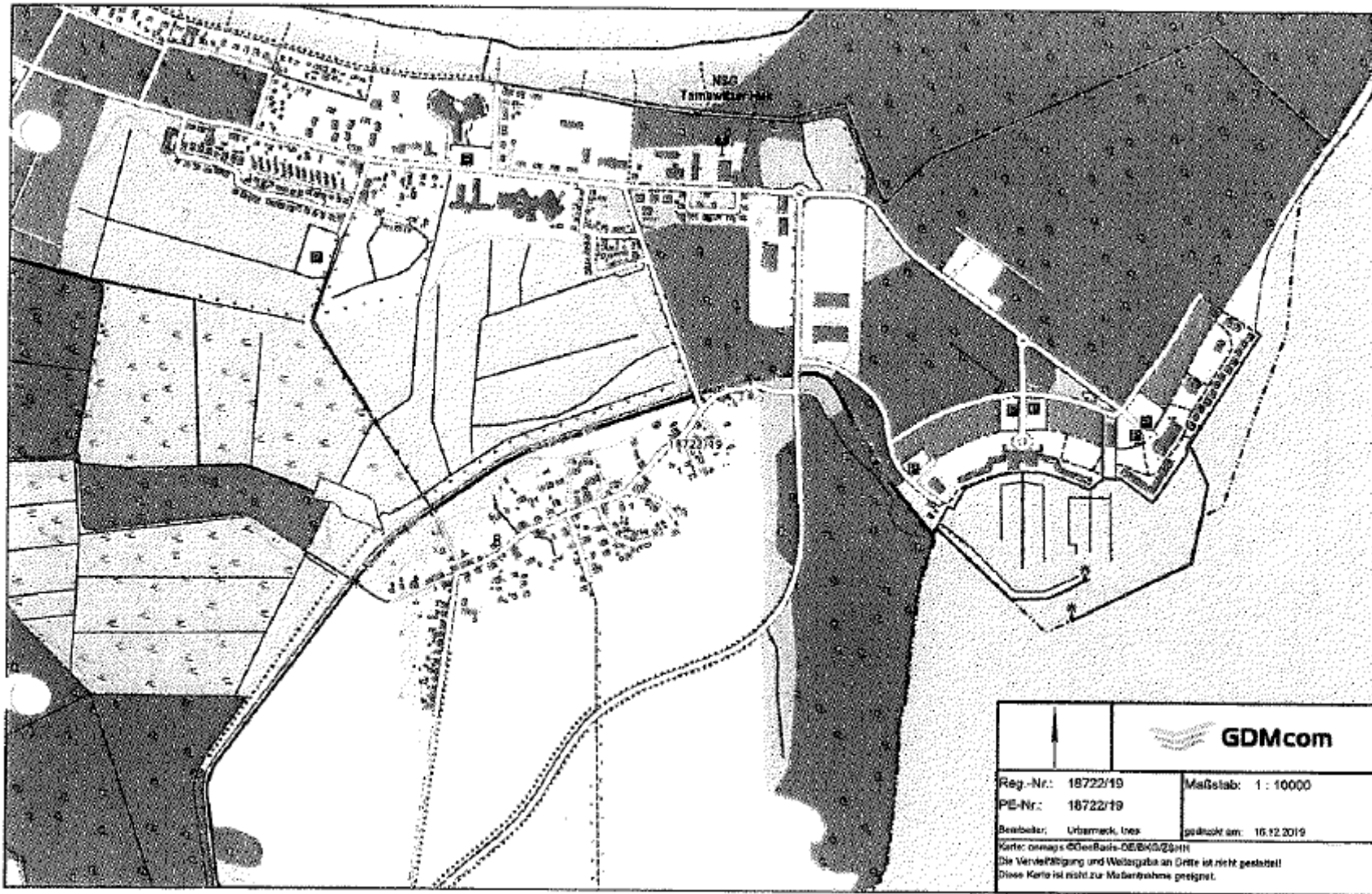
E-Mail

Straße

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	I. 22  Elia Group 50Hertz Transmission GmbH – Heidestraße 2 – 10557 Berlin Amt Klützer Winkel Fachbereich IV - Bauwesen Schloßstraße 1 23948 Klütz 50Hertz Transmission GmbH TG Netzbetrieb Heidestraße 2 10557 Berlin Datum 12.12.2019 Unser Zeichen 2019-001139-02-TG Ansprechpartnerin Frau Froeb Telefon-Durchwahl 030 / 5150 - 3495 Fax-Durchwahl E-Mail leitungsanskunft@50hertz.com Ihre Zeichen CM Ihre Nachricht vom 03.12.2019 Vorsitzender des Aufsichtsrates Christiaan Poeters Geschäftsführer Stefan Kaplerer, Vorsitz Dr. Frank Gollitz Dr. Dirk Bliemann Marco Nix Sitz der Gesellschaft Berlin Handelsregister Amtsgericht Charlottenburg HRB 84446 Bankverbindung BNP Paribas, NL, FFM BLZ 512 106 00 Konto-Nr. 9223 7410 19 IBAN: DE75 5121 0600 9223 7410 19 BIC: BNPADEFF USt-Id.-Nr. DE813473551  Satzung über die 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 17 der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen "Dorf Tarnewitz" Sehr geehrte Frau Mertins, Ihr Schreiben haben wir dankend erhalten. Nach Prüfung der Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen (z. B. Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Umspannwerke, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Versorgungsleitungen) befinden oder in nächster Zeit geplant sind. Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH. Im Sinne einer papiersparenden Arbeitsweise genügt der 50Hertz Transmission GmbH die Beteiligung in elektronischer Form per Datenträger oder Download-Link. Ihre Antragsunterlagen können Sie uns auch gern digital an unser Postfach leitungsanskunft@50hertz.com übersenden. Freundliche Grüße 50Hertz Transmission GmbH <i>Kretschmer</i> Kretschmer <i>1.4 Froeb</i> Froeb 1 — 2 — 3	zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Anlagen der 50 Hertz vorhanden oder in nächster Zeit geplant sind. zu 2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Stellungnahme nur für den angefragten Bereich gilt. zu 3. Die Gemeinde Ostseebad Boltenhagen berücksichtigt die Anforderungen des Gesetzgebers. Sobald eine Beteiligung digital erfolgt, wird dies auch entsprechend vorgenommen.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss																								
	 GDMcom 11.19 GDMcom GmbH Maximilianallee 4 04129 Leipzig Amt Klützer Winkel Carola Mertins Schloßstraße 1 23948 Klütz Ansprechpartner Ines Urbanneck Telefon 0341 3504 495 E-Mail leitungsauskunft@gdmcom.de Unser Zeichen Reg.-Nr.: 18722/19 PE-Nr.: 18722/19 Reg.-Nr. bei weiterem Schriftverkehr bitte unbedingt angeben! Datum 16.12.2019 Satzung über die 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 17 der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen "Dorf Tarnewitz" im vereinfachten Verfahren Ihre Anfrage/n vom: an: Ihr Zeichen: Brief 03.12.2019 GDMCOM SCHU/ME Sehr geehrte Damen und Herren, bezugnehmend auf Ihre oben genannte/n Anfrage(n), erteilt GDMcom Auskunft zum angefragten Bereich für die folgenden Anlagenbetreiber: <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th>Anlagenbetreiber</th><th>Hauptsitz</th><th>Betroffenheit</th><th>Anhang</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Erdgasspeicher Peissen GmbH</td><td>Halle</td><td>nicht betroffen</td><td>Auskunft Allgemein</td></tr> <tr> <td>Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) ¹</td><td>Schwaig b. Nürnberg</td><td>nicht betroffen</td><td>Auskunft Allgemein</td></tr> <tr> <td>GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG</td><td>Straelen</td><td>nicht betroffen *</td><td>Auskunft Allgemein</td></tr> <tr> <td>ONTRAS Gastransport GmbH ²</td><td>Leipzig</td><td>nicht betroffen</td><td>Auskunft Allgemein</td></tr> <tr> <td>VNG Gasspeicher GmbH ²</td><td>Leipzig</td><td>nicht betroffen</td><td>Auskunft Allgemein</td></tr> </tbody> </table> *GDMcom ist für die Auskunft zu Anlagen dieses Betreibers nicht oder nur zum Teil zuständig. Bitte beteiligen Sie den angegebenen Anlagenbetreiber. Nähere Informationen, Hinweise und Auflagen entnehmen Sie bitte den Anhängen. ¹ Die Ferngas Netzgesellschaft mbH („FG“) ist Eigentümer und Betreiber der Anlagen der früheren Ferngas Thüringen-Sachsen GmbH („FGT“), der Erdgasversorgungsgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (EVG) bzw. der Erdgastransportgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (ETG). ² Wir weisen darauf hin, dass die Ihnen ggf. als Eigentümerin von Energieanlagen bekannte VNG – Verbundnetz Gas AG, Leipzig, im Zuge gesetzlicher Vorschriften zur Entflechtung vertikal integrierter Energieversorgungsunternehmen zum 01.03.2012 ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich „Netz“ zuzuordnenden Energieanlagen auf die ONTRAS – VNG Gastransport GmbH (nunmehr firmierend als ONTRAS Gastransport GmbH) und ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich „Speicher“ zuzuordnenden Energieanlagen auf die VNG Gasspeicher GmbH übertragen hat. Die VNG – Verbundnetz Gas AG ist damit nicht mehr Eigentümerin von Energieanlagen. Diese Auskunft gilt nur für den dargestellten Bereich und nur für die Anlagen der vorgenannten Unternehmen, so dass noch mit Anlagen weiterer Betreiber gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte einzuholen sind!	Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang	Erdgasspeicher Peissen GmbH	Halle	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) ¹	Schwaig b. Nürnberg	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG	Straelen	nicht betroffen *	Auskunft Allgemein	ONTRAS Gastransport GmbH ²	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	VNG Gasspeicher GmbH ²	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die GDMcom für die GasLINE nur teilweise zuständig ist. Die Zuständigkeit und Nichtbetroffenheit für die Versorger wird zur Kenntnis genommen. Sämtlich sind die Versorger nicht betroffen. zu 2. Die Anfrage an die GasLINE erfolgt gesondert über das BIL-Portal. zu 3. Die Stellungnahme gilt nur für den Bereich des Plangebietes. Dies wird entsprechend beachtet.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen.
Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang																								
Erdgasspeicher Peissen GmbH	Halle	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																								
Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) ¹	Schwaig b. Nürnberg	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																								
GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG	Straelen	nicht betroffen *	Auskunft Allgemein																								
ONTRAS Gastransport GmbH ²	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																								
VNG Gasspeicher GmbH ²	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																								

Ifd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
PE-Nr. 18722/19 - 16.12.2019 - Seite 2 von 4 Seite 2 von 2 Bitte prüfen Sie, ob der dargestellte Bereich den Ihrer Anfrage enthält.  Karte: onmaps ©GeoBasis-DE/BKG/ZSHH Darstellung angefragter Bereich: 1 WGS84 - Geographisch (EPSG:4326) 53.974677, 11.238414 Freundliche Grüße GDMcom GmbH -Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig.- Kostenlos mit BIL - BUNDESWEITTES INFORMATIONSSYSTEM ZUR LEITUNGSRECHERCHE https://portal.bil-leitungsauskunft.de/login Anlagen: Anhang	zu 4. Der Planbereich ist in der Übersichtskarte wiedergegeben und entspricht der Anfrage. zu 5. Die kostenlose Auskunft bei der BIL wird gesondert geführt. Siehe nachfolgende Stellungnahme.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen.	



lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	BIL eG Josef-Wirmer-Straße 1-3 D-53123 Bonn Tel.: +49 228 92 58 52 90 info@bil-leitungsauskunft.de  <i>I 290</i> Ronald Mahnel Rudolf-Breitscheid-Straße 11 23936 Grevesmühlen Zuständigkeiten und Nicht-Zuständigkeiten zur Anfrage #20200117-0101 Sehr geehrter Herr Mahnel Ihre Anfrage "6. Änderung des B-Planes Nr. 17 der Gemeinde Boltenhagen" mit der Nummer 20200117-0101 vom 17.01.2020 07:51:37 wurde an das BIL-System übermittelt. Die Verschneidung Ihrer Anfragefläche mit den zu diesem Zeitpunkt gespeicherten Teilnehmerflächen ergab die folgenden Zuständigkeiten. Ihre Anfrage wurde an die zuständigen Teilnehmer zur Beantwortung weitergeleitet. Die zuständigen Leitungsbetreiber bearbeiten Ihre Anfrage, prüfen die Betroffenheit und stellen Ihnen die entsprechenden Antworten direkt über das BIL-Portal zur Verfügung. Über den Fortschritt der Bearbeitung werden Sie per Email informiert. Alle Informationen und den aktuellen Status Ihrer Anfrage können Sie jederzeit im BIL-Portal einsehen. Rückfragen zur Beantwortung richten Sie bitte direkt an die zuständigen Betreiber. 20200117-0101 6. Änderung des B-Planes Nr. 17 der Gemeinde Boltenhagen Typ: Planung Klassifizierung: Bebauungsplan / Genehmigungsverfahren ohne Einsatz von Spezialbaugeräten Start der Maßnahme: 30.04.2020 Auftraggeber: Planungsbüro Mahnel Beschreibung: 6. Änderung B-Nr.17 Ostseebad Boltenhagen Lagebeschreibung: Dorf Tarnewitz Koordinaten des Anfragegebiets (Rechtswert, Hochwert) in ETRS89-32N: 646806.2439451102,5983023.192378211 in WGS-84: 11.238439245764967,53.974669644178945	zu 1. Die Anfrage wurde an das BIL-Portal gestellt. Die Stellungnahme ist in den nachfolgenden Punkten enthalten.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	 Für den Anfragebereich zuständige Leitungsbetreiber Keine zuständigen Teilnehmer gefunden 2 Von der BIL-Anfrage nicht betroffene Leitungsbetreiber. Diese Betreiber haben keine Leitungen im von Ihnen eingezeichneten Bereich. AIR LIQUIDE Deutschland GmbH ASTORA GmbH & Co.KG Air BP Amprion GmbH BAYERNOIL Raffineriegesellschaft mbH BayWa r.e. Operation Service GmbH Bunde-Etzel-Pipelinegesellschaft mbH & Co. KG CenturyLink Communications Germany GmbH (Beauskunftung durch die Steuernagel GmbH) Currenta Deutsche Transalpine Oelleitung GmbH Erdgas Münster GmbH Evonik Technology & Infrastructure GmbH - Bereich Pipelines (Beauskunftung auch für ARG mbH & Co. KG, BASF SE, Covestro AG, EPS GmbH & Co. KG, OXEA GmbH, PRG mbH & Co. KG und Westgas GmbH) ExxonMobil Production Deutschland GmbH FERNLEITUNGS-BETRIEBSGESELLSCHAFT MBH Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) GASCADE Gastransport GmbH (Beauskunftung auch für NEL Gastransport GmbH "West+Ost", OPAL Gastransport GmbH & Co. KG und WINGAS GmbH) GASSCO AS GEW Wilhelmshaven GmbH Gas-Uni-on GmbH Gasunie Deutschland Transport Services GmbH InfraServ Gendorf - Vinnolit InfraServ GmbH & Co. Gendorf KG Kreiswerke Olpe -Wasserversorgung- MERO Germany AG Mineralölverbundleitung GmbH Schwedt Neptune Energy Deutschland GmbH Netzgesellschaft Düsseldorf mbH Nippon Gases Rheinland Nippon Gases Saarland Nord-West Kavernengesellschaft mbH 3	zu 2. Für die GasLINE sind keine Belange zu berücksichtigen. zu 3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die nachfolgenden Leitungsbetreiber keine Leitungen innerhalb des Plangebietes haben.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	 BIL Die Leitungsauskunft Nord-West Oelleitung GmbH Nowega GmbH OMV Deutschland GmbH Ontras Gastransport GmbH (Beauskunftung automatisch durch die GDMcom GmbH) PCK Raffinerie GmbH Schwedt PLEdoc GmbH (Beauskunftung für Open Grid Europe, GasLINE (Solotrasen Netzgebiet West), Ferngas Netzgesellschaft (Netzgebiet Nordbayern), MEGAL, TENP, METG, NETG, Kokereigasnetz Ruhr, Viatel) RAG Montan Immobilien GmbH (Bereich Ruhr) Rhein-Main-Rohrleitungstransportgesellschaft m.b.H. Rotterdam-Rijn Pijpleiding Maatschappij Ruhr Oel GmbH RuhrEnergie GmbH, EVR (Auskunft für Uniper Kraftwerke GmbH, Bereich Ruhrgebiet) STADTWERK AM SEE GmbH & Co. KG STORAG ETZEL GmbH (ehem. IVG Cavens GmbH, Etzel) TOTAL Raffinerie Mitteldeutschland GmbH TeleData GmbH Telia Carrier Germany GmbH Thyssengas GmbH Uniper Energy Storage GmbH / Erdgas Speicher Etzel Uniper Wärme GmbH VNG Gasspeicher GmbH (Beauskunftung durch GDMcom GmbH) ValloSol GmbH Windpower GmbH Wintershall Holding GmbH YNCORIS GmbH & Co. KG Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung 24 3 Gemeinden im Bereich der Anfrage Gemeinde Boltenhagen - Gemeindeschlüssel: 13074010 Postleitzahlen im Bereich der Anfrage 23946 - 23946 Boltenhagen, Klütz Mit freundlichen Grüßen BIL eG		

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	11.33 Amt Klützer Winkel Der Amtsvorsteher für die amtsangehörigen Gemeinden Damshagen, Hohenkirchen, Kalkhorst, Ostseebad Boltenhagen, Stadt Klütz und Zierow Amt Klützer Winkel • Schloßstr. 1 • 23948 Klütz Amt Klützer Winkel z.Hd. Frau Mertins Schloßstraße 01 23948 Klütz Auskunft erteilt: Torsten Gromm Telefon: 039825 / 393 - 302 e-Mail: t.gromm@kluetzer-winkel.de Zimmer: 003 AZ: Zentrale: 039825 / 393-0 Fax: 039825 / 393-710 Internet: www.kluetzer-winkel.de 24. Januar 2020 Satzung über die 6. Änderung des Bebauungsplans Nr. 17 der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen „Dorf Tarnewitz“ im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB hier: Löschwasserversorgung Sehr geehrte Damen und Herren, bei der Brandbekämpfung kommt der zeitnahen optimalen Löschwasserversorgung eine große Bedeutung zu. Nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes über den Brandschutz und die Technischen Hilfeleistungen durch die Feuerwehren für Mecklenburg-Vorpommern in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Dezember 2015 (GVOBl. M-V S. 590) sind die Gemeinden verpflichtet die Löschwasserversorgung sicherzustellen. Im Idealfall kann die Löschwasserversorgung über das öffentliche Trinkwasserversorgungssystem abgesichert werden (Hydranten). Hierbei müssen die Vorgaben aus dem Regelwerk für die Bereitstellung von Löschwasser durch die öffentliche Trinkwasserversorgung des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) erfüllt sein. Dieses ist jedoch in den meisten ländlichen Gebieten nicht der Fall. Diese Idealversorgung ist für den Bereich des Bebauungsplans Nr. 17 der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen gegeben. Unter Beachtung des Regelwerkes des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) Arbeitsblatt 405 ist für den Bereich des geplanten Bebauungsplans Nr. 17 der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen bei Berücksichtigung der geplanten Bebauung ein Löschwasserbedarf von 96 m³/h erforderlich. Diese Löschwassermenge soll nach der DVGW, in der Regel für eine Löschzeit von 2 Stunden zur Verfügung stehen. Für die schnelle und erfolgreiche Brandbekämpfung ist es notwendig, dass bei der Festlegung der Bereitstellung von Löschwasser die Belange des abwehrenden Brandschutzes ausreichend vertreten und berücksichtigt werden. Was für eine wirksame Brandbekämpfung und der damit zusammenhängenden Löschwasser- und Löschmittelbereitstellung notwendig ist, muss in Abhängigkeit der vorhandenen Feuerwehren, deren Gerät und den örtlichen Verhältnissen gesehen werden. Die erforderliche Wassermenge ist in einem Bebauungsgebiet von jedem Punkt aus innerhalb eines Radius von 300 m (= Löschwasserbereich) bereitzustellen. Dabei wird in jedem selbstständigen Netzteil nur ein Brandfall angenommen.	Zu 1: Die rechtlichen Grundlagen werden aufgeführt. Zu 2: Für das Plangebiet der 6. Änderung und die planrelevante Umgebung wurde mitgeteilt, dass ein Löschwasserbedarf von 96 m³/h über die Dauer von 2 Stunden sicherzustellen ist. Die Begründung ist entsprechend zu ergänzen. Zu 3: Die Grundsätze für die Brandbekämpfung sind im weitergehenden Verfahren zu beachten. Zu 4: Für den Löschwasserbereich mit einem 300 m-Radius ist die erforderliche Löschwassermenge bereitzustellen, wobei in jedem selbstständigen Netzteil nur ein Brandfall angenommen wird. Die jeweiligen Löschwasserentnahmestellen werden nachfolgend aufgeführt. Die Begründung ist zu ergänzen.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen.

Ifd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss																																																																	
	Ermittlung des Löschwasservorrates <table><tr><th>Löschwasserentnahmestellen</th><th>Q (m³/h) Löschwasser- bereich 1</th><th>Q (m³/h) Löschwasser- bereich 2</th><th>Q (m³/h) Löschwasser- bereich 3</th><th>Q (m³/h) Löschwasser- bereich 4</th></tr><tr><td>öffentliches Trinkwasserversorgungssystem</td><td>>96 m³/h</td><td>-----</td><td>-----</td><td>-----</td></tr><tr><td>natürliche offene Gewässer</td><td>96 m³/h</td><td>-----</td><td>-----</td><td>-----</td></tr><tr><td>künstliche offene Gewässer</td><td>-----</td><td>-----</td><td>-----</td><td>-----</td></tr><tr><td>unterirdische Löschwasserbehälter</td><td>-----</td><td>-----</td><td>-----</td><td>-----</td></tr><tr><td>Löschwasserbrunnen</td><td>-----</td><td>-----</td><td>-----</td><td>-----</td></tr><tr><td>Löschwasserbehälter auf Löschfahrzeugen des Feuerwehr</td><td>-----</td><td>-----</td><td>-----</td><td>-----</td></tr><tr><td>Summe</td><td>-----</td><td>-----</td><td>-----</td><td>-----</td></tr><tr><td>Löschwasserbedarf (gem. Arbeitsblatt 405 des DVGW)</td><td>96 m³/h</td><td>-----</td><td>-----</td><td>-----</td></tr><tr><td>Differenz</td><td>0 m³/h</td><td>-----</td><td>-----</td><td>-----</td></tr></table> Zurzeit stehen für den Bereich des geplanten Bebauungsplans Nr. 17 der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen folgende Löschwasserentnahmestellen für die Brandbekämpfung zur Verfügung: Tabelle 1 <u>Art und Lage der Löschwasserentnahmestellen</u> <table><tr><th>Pos.</th><th>Löschwasser- bereich</th><th>Art der Löschwasser- entnahmestelle</th><th>Lage der Löschwasser- entnahmestelle</th><th>Leistungsvermögen der Löschwasser- entnahmestelle</th></tr><tr><td>1.1</td><td>1</td><td>Unterflurhydrant (Nr. E0013-1009)</td><td>Tarnewitzer Straße / Ecke Tarnewitzer Chaussee</td><td>96 m³/h – 193 m³/h</td></tr><tr><td>1.2</td><td>1</td><td>offenes Gewässer (VVV07964416)</td><td>Tarnewitzer Chaussee (Brücke Tarnewitzer Bach)</td><td>96 m³/h</td></tr></table>	Löschwasserentnahmestellen	Q (m³/h) Löschwasser- bereich 1	Q (m³/h) Löschwasser- bereich 2	Q (m³/h) Löschwasser- bereich 3	Q (m³/h) Löschwasser- bereich 4	öffentliches Trinkwasserversorgungssystem	>96 m³/h	-----	-----	-----	natürliche offene Gewässer	96 m³/h	-----	-----	-----	künstliche offene Gewässer	-----	-----	-----	-----	unterirdische Löschwasserbehälter	-----	-----	-----	-----	Löschwasserbrunnen	-----	-----	-----	-----	Löschwasserbehälter auf Löschfahrzeugen des Feuerwehr	-----	-----	-----	-----	Summe	-----	-----	-----	-----	Löschwasserbedarf (gem. Arbeitsblatt 405 des DVGW)	96 m³/h	-----	-----	-----	Differenz	0 m³/h	-----	-----	-----	Pos.	Löschwasser- bereich	Art der Löschwasser- entnahmestelle	Lage der Löschwasser- entnahmestelle	Leistungsvermögen der Löschwasser- entnahmestelle	1.1	1	Unterflurhydrant (Nr. E0013-1009)	Tarnewitzer Straße / Ecke Tarnewitzer Chaussee	96 m³/h – 193 m³/h	1.2	1	offenes Gewässer (VVV07964416)	Tarnewitzer Chaussee (Brücke Tarnewitzer Bach)	96 m³/h	6 Zu 6: Die Ermittlung des Löschwasservorrates wird tabellarisch dargestellt. 7 Zu 7: Die konkreten Löschwasserentnahmestellen sind tabellarisch aufgeführt.	Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen.
Löschwasserentnahmestellen	Q (m³/h) Löschwasser- bereich 1	Q (m³/h) Löschwasser- bereich 2	Q (m³/h) Löschwasser- bereich 3	Q (m³/h) Löschwasser- bereich 4																																																																
öffentliches Trinkwasserversorgungssystem	>96 m³/h	-----	-----	-----																																																																
natürliche offene Gewässer	96 m³/h	-----	-----	-----																																																																
künstliche offene Gewässer	-----	-----	-----	-----																																																																
unterirdische Löschwasserbehälter	-----	-----	-----	-----																																																																
Löschwasserbrunnen	-----	-----	-----	-----																																																																
Löschwasserbehälter auf Löschfahrzeugen des Feuerwehr	-----	-----	-----	-----																																																																
Summe	-----	-----	-----	-----																																																																
Löschwasserbedarf (gem. Arbeitsblatt 405 des DVGW)	96 m³/h	-----	-----	-----																																																																
Differenz	0 m³/h	-----	-----	-----																																																																
Pos.	Löschwasser- bereich	Art der Löschwasser- entnahmestelle	Lage der Löschwasser- entnahmestelle	Leistungsvermögen der Löschwasser- entnahmestelle																																																																
1.1	1	Unterflurhydrant (Nr. E0013-1009)	Tarnewitzer Straße / Ecke Tarnewitzer Chaussee	96 m³/h – 193 m³/h																																																																
1.2	1	offenes Gewässer (VVV07964416)	Tarnewitzer Chaussee (Brücke Tarnewitzer Bach)	96 m³/h																																																																

Ifd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss										
	Tabelle 2 Löschwassermengen <table><tr><th>Pos.</th><th>Art der Löschwasserentnahmestelle Löschwasserbereich 1</th><th>Leistungsvermögen / Inhalt</th></tr><tr><td>2.1</td><td>Trinkwasserversorgungssystem/ (Hydranten)</td><td>>96 m³/h</td></tr><tr><td>2.2</td><td>Offene Löschwasserentnahmestellen (Teiche)</td><td>96 m³</td></tr><tr><td></td><td>Gesamt:</td><td>>96 m³/h</td></tr></table> Löschwasserleistung des Trinkwassernetzes Die Löschwasserleistung aus dem Trinkwassernetz kann mit folgenden Faustformeln berechnet werden. Werden jedoch praktische Messungen vor Ort durchgeführt, ergibt sich meist ein völlig anderes Bild der Leistungsfähigkeit des Rohnetzes. In vielen Fällen ist den Rohleitungen erheblich weniger, oftmals auch erheblich mehr Wasser zu entnehmen. In einem Ringleitungssystem: Q_{Ring} (l/min) = Ø_{Leitung} (mm) X 10 In einem Verästlungssystem: Q_{Veräst} (l/min) = Ø_{Leitung} (mm) X 6 Im Bereich der Ortslage Ostseebad Boltenhagen ist ein Ringleitungssystem vorhanden. Die Löschwasserversorgung im Bereich des Bebauungsplans Nr. 17 der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen „Dorf Tarnewitz“ ist gesichert. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag Anne Längerich Fachbereichsleiter Bürgeramt 8 9 10 Zu 8: Die tabellarisch aufgeführten Löschwassermengen lassen erkennen, dass die Löschwassermenge, die zu gewährleisten ist, abgesichert wird. Zu 9: Die Ermittlung der Löschwasserleistung aus dem Trinkwassernetz wird dargelegt. Zu 10: Die Löschwasserversorgung ist für den Geltungsbereich der 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 17 gesichert. Die Begründung ist zu ergänzen. Zu berücksichtigen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen.	Pos.	Art der Löschwasserentnahmestelle Löschwasserbereich 1	Leistungsvermögen / Inhalt	2.1	Trinkwasserversorgungssystem/ (Hydranten)	>96 m³/h	2.2	Offene Löschwasserentnahmestellen (Teiche)	96 m³		Gesamt:	>96 m³/h
Pos.	Art der Löschwasserentnahmestelle Löschwasserbereich 1	Leistungsvermögen / Inhalt											
2.1	Trinkwasserversorgungssystem/ (Hydranten)	>96 m³/h											
2.2	Offene Löschwasserentnahmestellen (Teiche)	96 m³											
	Gesamt:	>96 m³/h											

